



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Süddeutschland und die innere politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Süddeutschland und die innere politische Lage.

Wenn irgend etwas geeignet ist, die tiefgehenden Verschiedenheiten, welche zwischen Nord- und Süddeutschland bestehen, und welche allerdings in dem Charakter der beiderseitigen Bevölkerung ihren Ursprung haben, wieder einmal klar darzuthun, so ist es die derzeitige innere politische Lage des Reiches, der gegenüber die beiden Reichshälften einen geradezu entgegengesetzten Standpunkt der Beurtheilung einnehmen. Mit skeptischem Mißtrauen sieht der Norden, mit vertrauendem Gleichmuth der Süden der Zukunft entgegen. Der Grund davon ist kein zufälliger oder oberflächlicher. In Norddeutschland, besonders in Preußen, ist das Parteileben ein weit ausgebildeteres als bei uns im Süden. Der Norddeutsche hat von Natur und in Folge der geschichtlichen Entwicklung seiner Heimat ein regeres Interesse am politischen Leben und Treiben; von den Klubs und Zirkeln der Großstadt bis herab zur Dorfschenke dreht sich die Unterhaltung lebhaft um die Interessen des Tages. In Süddeutschland dagegen steht obenan das freie und fröhliche Genießen, und nur mit Mühe hastet das Gespräch einen Augenblick bei den großen Fragen der Gegenwart. Im Norden geht man aus, um zu kannegießern, im Süden, um sich zu vergnügen. Dort steht die Kommune und der Staat, hier ein geselliger Gedankenaustausch und heiterer Scherz obenan. Daher aber auch der Unterschied in der politischen Stimmung, der zwischen Norden und Süden besteht. Dort stehen sich feste Parteiungen fast in allen Beziehungen des öffentlichen Lebens gegenüber, hier herrscht in politischer Beziehung ein gemüthliches Durcheinander und eine ausgleichende Verschmelzung der verschiedenen Anschauungsweisen. Der Süddeutsche neigt sich im Allgemeinen weder dem radikalen Liberalismus, noch dem extremen Konservatismus zu, sondern gibt der aurea mediocritas des praktischen und gesunden Menschenverstandes auch für sein politisches Denken und Fühlen den Vorzug. Trug doch selbst die Bewegung von 1849 hier vielfach eher den Charakter eines großen und wilden Trinkgelages, als den einer politischen Revolution.

Dieser tiefgreifende Unterschied zeigt sich auch in der Gegenwart wieder in seiner ganzen Schärfe, besonders in Betreff der Zoll- und Steuerreform. Diese fand in Baiern, Württemberg und Baden eine viel zustimmendere Aufnahme als in Preußen, wo man von vornherein liberal und schutzöllnerisch für Gegensätze ausgab. Ordneten sich auch die badischen Abgeordneten aus Mangel an einer selbständigen und geistig bedeutenden Persönlichkeit, welche die kleine Gruppe einen eigenen Weg hätte führen können, mit einer einzigen Ausnahme der berliner Führung unter, trotzdem daß sie kurz vorher den Wählern das gegentheilige Versprechen geben zu müssen geglaubt hatten, so traten doch die würtemberger und besonders die bairischen Abgeordneten mit Entschiedenheit für die neue Wirthschaftspolitik ein, und letztere hatten auch die sittliche Kraft, sich von dem unwürdigen Banne der berliner Parteidespoten zu befreien. Ebenso läßt das Reaktionsgeschrei des Nordens den Süden vorerst kalt, und der Freiheitshelden à la Richter volltönender Schlachtruf: „Fort mit Bismarck!“ den man jetzt vergeblich abzuleugnen sucht, fand in der süddeutschen Bevölkerung keinen Wiederhall, so wenig, daß zwei badische Lokaltälättchen, die in dem Glauben, dem badischen Parteioberhaupt einen Dienst damit zu erweisen, besinnungslos einstimmten, alsbald an der Abnahme ihrer Abonnenten es gewahr wurden, daß man hier zwar an den unfehlbaren Papst glauben kann, nicht aber an den unfehlbaren Lasker-Kieser.

In Süddeutschland hat aber auch die Presse lange nicht die Macht über die öffentliche Meinung, wie in Norddeutschland, wo die liberale Presse zum großen Theil in der Hand des kosmopolitisch angehauchten semitischen Journalismus sich befindet, außerdem aber abhängig ist von den Parlamentsjournalisten und nicht wenig auch von kommerziellen und Börseninteressen. Daher ist der Charakter „liberal“ dort auch an eine ganz bestimmte Schablone gebunden, die ihn vollständig decken muß, und Bann und Anathem treffen jedes Organ innerhalb der Partei, ganz gleich ob Zeitung oder Persönlichkeit, das eine von den Führern abweichende Ansicht aufzustellen den Muth hat. Diese Zustände scheinen sich jetzt freilich etwas zu ändern; die „Versahrenheit“, die innerhalb der liberalen Partei in Preußen herrscht, beweist, daß man in den weiteren Wählerkreisen anfängt, den Druck der Tyrannei zu spüren, und daß man den Versuch zu machen scheint, die bisherige willenlose Unterordnung aufzugeben. Demgegenüber haben die wenigen größeren süddeutschen Blätter — mit Ausnahme natürlich des Augsburger Weltblattes — eine von der berliner Macht unabhängigere Strömung zu behaupten gewußt und sich über die politischen Fragen der Gegenwart ein selbständiges Urtheil bewahrt. Die süddeutsche Presse, weniger in der Lage, Stimmung zu machen, wie die norddeutsche, nimmt im Gegentheil sich weit eher die Stimmung, die in ihrem

Leserkreise vorherrschend ist, zur Richtschnur. Wir erinnern nur an die Augsburger Abendzeitung, das in Baiern bis in die untersten Kreise hinein verbreitetste Blatt, ferner an die in München erscheinende sehr gut redigirte Süddeutsche Presse und an den Schwäbischen Merkur. Wenn in das letztere Blatt sich hie und da durch die sehr leise angelehnte Redaktionsthür eine von Lascker'schem Geiste durchwehte politische Betrachtung verirrt, so sind das eben ausnahmslos Erzeugnisse aus der Reichsstimmungsfabrik in Berlin. Die Folge dieser, man möchte sagen volksthümlichen Haltung der süddeutschen Blätter ist die, daß sie den politischen Fragen weit objektiver gegenüberstehen und in ihrem Urtheile viel maßvoller als ihre norddeutschen Kolleginnen sind.

Dies zeigt sich auch wieder bei der Beurtheilung der wichtigsten von den Vorlagen, die den nächsten deutschen Reichstag beschäftigen dürften, des Gesetzesentwurfes betreffend die Abänderungen der §§ 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung, wie es sich vorher zeigte in der Beurtheilung der Frage der verfassungsmäßigen Garantien. Wie man in Berlin, Magdeburg, Danzig und Königsberg über die Verfassungsreform herfallen würde, konnte ja von vornherein nicht zweifelhaft sein, nachdem der Umschwung zum Bessern, den der Reichskanzler in die wirtschaftliche Politik gebracht, schon als die schwärzeste Reaktion ausgegeben worden war. Aber eigenthümlich, an allen Orten, auch in den liberalen Organen Frankfurt's, in der Allgemeinen Zeitung, in München und anderwärts kam der alsbald sich mit erneuter Heftigkeit erhebende Marmruf aus — Berlin, und selbst den Schwäbischen Merkur traf einmal der Unstern, daß sich in seine schlechtbewachten Spalten solch' eine berliner Korrespondenz verirrte. Wie denn überhaupt neben der Verjüdung der Presse die Berlinisirung derselben zur Zeit einen großen und leider keineswegs segensreichen Einfluß auf die deutschen Zeitungsverhältnisse ausübt, dergestalt, daß nicht selten den eigentlichen Redaktionen das Selbstbestimmungsrecht über den Kopf fortgenommen ist.

Diesjenigen Blätter, die sich eine selbständige und von der berliner Oberleitung unabhängige Stellung bewahrt haben, wie die Süddeutsche Presse und die Badische Landeszeitung, traten alsbald, gestützt auf die praktischen Erfahrungen, die man im eignen Lande mit der Einrichtung mehrjähriger Budgetperioden gemacht, und in Berücksichtigung der Aufnahme, welche die süddeutsche Bevölkerung dem Gesetzesentwurfe entgegenbrachte, mannhaft für die Vorlage ein und versuchten die Haltlosigkeit der Befürchtungen, welche die Gegner an diese Maßnahme knüpften, nachzuweisen. In Baiern und in Baden ist, ebenso wie in Sachsen und Hessen, die Statsperiode eine zweijährige, während sie in Württemberg für gewöhnlich sich sogar auf drei Jahre erstreckt und nur ausnahmsweise für einen kürzeren Zeitabschnitt berathen wird. Man ist damit

auch vollkommen zufrieden, und selbst in dem konstitutionellen Musterstaate Baden ist es seither außer dem liberalen Parteiführer, Oberstaatsanwalt Riefer, noch niemandem eingefallen, daß man dadurch des „werthvollsten Verfassungsrechtes“, und wie die Phrasen alle heißen, entbehre; in Baiern aber und besonders in Württemberg hat man an sich schon eine Scheu davor, an der Verfassung zu rütteln. Aber auch die finanzielle Ersparniß, welche mit dieser Einrichtung verknüpft ist, und welche bei den Einzellandtagen schwer genug ins Gewicht fällt, ist nicht zu übersehen. So erblickt man denn in den Kreisen süddeutscher liberaler Männer in der Vorlage nichts anderes als die Aufnahme einer Einrichtung für das Reich, die sich in den meisten größeren deutschen Staaten bereits als praktisch erwiesen hat, und die, auf das Reich ausgedehnt, die Annahme eines Mandates als Reichsbote wesentlich erleichtern würde. Die Richterriaden, Laßkeriaden und Windthorstriaden aber, welche die betreffenden Statspositionen zu begleiten pflegen, ist man froh, doch ein Jahr um andere nicht anzuhören oder lesen zu müssen. Der Sünden Deutschlands begreift daher den Lärm nicht, der um dieser Vorlage willen erhoben wird, und gewinnt aus der Stellung, welche die nationalliberale Partei Preußen's in ihrem Programm zu derselben einnimmt, nur wieder von neuem die Ueberzeugung, daß der Liberalismus, so lange er durch seine jetzigen Parlamentsvertreter dargestellt wird, seiner prinzipiellen Unpraktik wegen durchaus nicht regierungsfähig ist, und daß es wirklich hohe Zeit war, daß ihm auch thatächlich sein gouvernementaler Einfluß genommen wurde — oder vielmehr daß er sich selbst desselben begab. Alle die zahlreichen Fehler, die, wie dem blödesten Auge endlich klar geworden sein muß, in der seitherigen strafrechtlichen, gewerblichen und wirthschaftlichen Gesetzgebung in der sog. liberalen Aera gemacht worden sind, hätten sich ja an der Hand der Erfahrung wieder gutmachen, Bestimmungen, die sich als unnütz oder gar als schädlich erwiesen, hätten sich beseitigen oder durch bessere ersetzen lassen. Aber zu dieser Arbeit gehört eine gewisse Neutralität der Gesinnung, eine Objektivität des Urtheils, eine Integrität des politischen Charakters, alles Eigenschaften, die leider der liberalen Partei in ihren bestimmenden Faktoren so sehr abhanden gekommen sind, daß nicht einmal die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre sie wieder herbeizubauern vermochten. Durch ihr Gefühl der Unfehlbarkeit ist ja die stark jüdische Parteileitung und die noch stärker jüdische liberale Presse so taub und blind gegen die Sprache der Thatfachen geworden, daß es schon genügte, daß von der konservativen Seite oder gar von der Regierung aus mit einem Verbesserungsvorschläge hervorgetreten wurde, um liberalerseits sofort jede Verbesserungs-Bedürftigkeit zu leugnen. Es klang und klingt wie ein Hohn auf die öffentliche Meinung, wenn man liberalerseits allen, auch den berechtigtesten

Klagen gegenüber prahlerisch und überschwenglich von den Segnungen spricht, die man dem Volke in seiner selbstlosen Hingabe geboten, und sich damit brüstet, wie man es doch so herrlich weit gebracht habe. Wenn diese Unwahrhaftigkeit, welche das ganze parlamentarische Sein und Leben der nationalliberalen Partei zersetzend durchdringt, ihr schon in Norddeutschland geschadet hat, so hat sie ihr in Süddeutschland den Boden fast völlig entzogen und Tausende von Wählern für die Politik der Konservativen gewonnen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird sich dies genugsam zeigen, besonders in Baden, wo ja der eingeborene mit dem berliner Abgeordneten-Liberalismus zusammenfällt. Schon für die bevorstehenden Landtagswahlen zeigen sich, trotzdem daß diese durch Wahlmänner und öffentlich erfolgen und vielfache persönliche Beziehungen und andere speziell badische Gründe den alten Abgeordneten günstig sind, Anzeichen dieses Umschwungs. Offenbar drängen in Süddeutschland die politischen Verhältnisse hin auf Gründung einer nationalen Partei innerhalb der Grenzen, wie sie in diesen Blättern bereits angedeutet worden sind, einer Partei, welche nicht nur die liberalen Elemente Völkischer Richtung in sich aufnehmen, sondern auch den zahlreichen Freikonservativen, die eine Partei hier bis jetzt noch nicht bilden, Raum gewähren müßte. Nur wenn die Männer und die Organe, welche einen Einfluß auf die öffentliche Stimmung üben, bei Zeiten in dieser Richtung zu wirken suchen, wird man der Zerbröckelung der nationalliberalen Partei vorbeugen können. Baiern bietet für diese neue Partei schon einen festen Stamm; die Bevölkerung ist solch' einer Mittelstellung in allen drei Staaten günstig, die meisten württembergischen Abgeordneten entsprechen dem letzteren Umstande in ihrem politischen Verhalten, und auch den Badenern wird die nächste Zeit einige Winke ertheilen, deren Verständlichkeit nicht ganz ohne Folgen bleiben dürfte. Nur müßte die Initiative zu dieser Parteibildung im Süden selbstständig ergriffen und kräftig durchgeführt werden, selbst auf die Gefahr hin, von den Berlinern darob des Verraths an der Sache der Freiheit geziehen zu werden. Nur so kann das politische Leben wieder in normale Bahnen geleitet werden.

Amalie von Lasaulx.

Der Name, der über diesen Zeilen steht, tritt vielleicht jetzt zum ersten Male vor das Auge unsrer Leser, oder, wenn dies nicht der Fall sein sollte, so ist er doch wohl an der Mehrzahl derselben nur flüchtig vorübergegangen,